

# Leipziger Tageblatt

und  
**Anzeiger.**

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Erste Ausgabe täglich  
früh 6 1/2 Uhr.

Abendausgabe  
Sonntags 10-12 Uhr.  
Wochentags 10-12 Uhr.  
Nachmittags 4-6 Uhr.

Bei an die Redaktion eingehenden  
Briefen muss die Adresse nicht  
wecheln.  
Wem die für die nächst-  
folgende Nummer bestimmten  
Briefe an Wochentagen bis  
1 Uhr Nachmittags, an Sonn-  
und Festtagen früh bis 9 Uhr.  
In den Abtheilungen für Anzeigen:  
Die Adressen, Universitätsstr. 22,  
Sonderdruck, Rathhausstr. 18, n.  
unter bis 1/2 Uhr.

**№ 122.**

Freitag den 2. Mai 1879.

**73. Jahrgang.**

## Im Monat April 1879 erhielten das hiesige Bürgerrecht:

- Herr Bauer, Christian Heinrich, Bildhauer.
- Engemann, Carl Robert, Schuhmachermstr.
- Goldschmidt, Carl Albin Ferdinand, Kaufmann.
- Friede, Hermann Moriz, Kaufmann und Hausbesitzer.
- Göge, Franz Robert, Schlosser.
- Heintz, Paul Julius Theodor, Glanzrennbändler.
- Hobmann, Johann Eduard, Glorist.
- Kuper, Carl, Schlosser.
- Sandgraf, Carl Franz, Restaurateur und Möbelhändler.
- Seibold, Matthias, Schneider.
- Liedling, Viktor, Cantor.
- Lorenz, Adolf Theodor, Sattler.
- Lutterbeck, Eduard Philipp Joseph Maria, Generalagent.
- Marckschiffel, Johann Jacob Friedrich, Bräunemann.
- Otto, Carl Gottlieb, Flaschenbierhändler.
- Reiffert, Johann Friedrich Eduard, Tischlermeister.

- Herr Laube, Hermann Wilhelm Ludwig, Kaufmann.
- Thieme, Gottfried Hermann, Kaufmann.
- Ties, Friedrich Ernst, Buchhandlungsgehilfe.
- Arnold, Carl August, Schornsteinfegermeister.
- Sinder, Carl Wilhelm, Schuhmann.
- Gaude, Franz Anton, Rdt. Forstausseher.
- Gaude, Franz Hermann, Gerichtsbote.
- Gerischer, Alfred Max, Kaufmann.
- Graff, Julius Eduard, Lebensversicherungsbankier.
- Habenticht, Carl Heinrich, Dachdecker.
- Hagemann, Paul Richard, Architekt.
- Ruge, Gustav Adolph, Bauunternehmer.
- Schäfer, Julius Emil, Graveur.
- Sittner, Carl Hermann, Obsthändler.
- Thiele, Ernst Moriz, Kaufmann.
- Retze, Carl Theodor Gustav, Bevollmächtigter der Raabeb. Feuerverf. Gesellschaft.
- Schellhorn, Ferdinand Bernh., Hofsecretair.
- Schiffinger, Robert Franz, Buchschneider.

## Bekanntmachung.

Unter Bezugnahme auf unsere Bekanntmachung vom 12. dieses Monats, die Einforderung der Grundsteuer in Ausführung der hiesigen Grundsteuer-Gesetze betreffend, werden die Haus- und Grundbesitzer des hiesigen Stadtgebietes darauf aufmerksam gemacht, dass alle ausstehenden Steuern

bis spätestens Sonnabend den 3. Mai a. c.

im Locale der alten Nicolaischule, 1 Treppe, abzugeben sind, widrigenfalls bei Verabfolgung dieser letzten Termins die angeordnete Geldstrafe sofort beigetrieben wird.

Der Rath der Stadt Leipzig.  
Dr. Tröndlin. Laube.

## Bekanntmachung.

In der verlängerten Pfaffenfurter Straße, längs des Grundstücks des Staatsgymnasiums sollen circa 25 laufende Meter Schleuse III. Klasse hergestellt und an einen Unternehmer in Accord vergeben werden. Die Bedingungen und Zeichnungen für diese Arbeiten liegen in unserem Ingenieur-Bureau, Rathhausstr. 2. Etage, Zimmer Nr. 18 und können daselbst einzusehen resp. entnommen werden.

Die Angebote sind versiegelt und mit der Aufschrift: „Schleusenbau in der Pfaffenfurter Straße betreffend“ versehen ebenfalls und zwar bis zum

5. Mai d. J. Nachmittags 5 Uhr

eingureichen.  
Leipzig, am 24. April 1879.

Der Rath der Stadt Leipzig.  
Dr. Georgl. Richter.

## Vor der Entscheidung.

N.L.C. Die offizielle Presse fährt fort in der Behauptung, dass die Wirtschaftspolitik, welche in dem Zolltarifenwurf zum Ausdruck gelangt ist, von der angeheueren Weisheit der Nation ausgeht. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ stellt bereits Jedem, der sich den Vorschlägen der Regierung widersetzt, „außerhalb der nationalen Uebereinstimmung.“ Die zahlreichen Rundgebungen communaler, commercialer, landwirthschaftlicher und sonstiger Körperschaften und Versammlungen, welche theils gegen den neuen Tarif im Ganzen, theils gegen die wesentlichen Bestandtheile desselben gerichtet sind — sie scheinen für die heisspörrigen Vertreter der neuen Politik gar nicht vorhanden zu sein. Mit fröhlicher Zuversicht meint das „freiwirtschaftsgovernementale“ Blatt: „Unsere Reichstagsabgeordneten haben während ihrer langen Osterserien Zeit genug gehabt, sich mit der Stimmung in ihren Wahlkreisen bekannt zu machen; sie werden zurückgekehrt sein mit dem Entschluss, sich mit dieser Stimmung in Einklang zu setzen.“ Ohne Zweifel werden die Abgeordneten die Ferien nach Möglichkeit benutzt haben, um mit ihren Wählern über die schwebenden Fragen Abklärung zu gewinnen; aber ob sie, wenn sie sich mit der auf diese Weise erlangten Stimmung in Einklang setzen, überall das Wohlgefallen der „N. A. Z.“ für sich haben werden, scheint doch sehr zweifelhaft. Die Officiösen stützen ihre Behauptung von der Uebereinstimmung des Volkes mit der neuen Wirtschaftspolitik vor Allem auf die dem Reichskanzler aus ländlichen Kreisen zugegangenen Adressen. Man, man kennt die Entscheidungswiese dieser Rundgebungen. In Hunderten wurden sie von dem agrarischen Agitationscomité den landwirthschaftlichen Vereinen fertig zugestellt; in den letzteren verblieb lediglich die Mühe der Unterzeichnung und Absendung. Wir bezweifeln nicht, dass daneben auch eine Anzahl selbstständig verfasster Adressen eingegangen sein mag. Dem gegenüber verweisen wir aber auf den neuen Act des deutschen Landwirthschaftsvereins, auf die Aufforderung schlesischer landwirthschaftlicher Vereine an ihre Reichstagsabgeordneten, auf die abschlägige Kritik, welche der in dem Tarifentwurf vorgesehene „Schutz der Landwirtschaft“ selbst in entschieden agrarisch-schmerzlichen Blättern erfahren hat. Sollen die Abgeordneten bei der Feststellung der Stimmung, mit welcher sie sich in Einklang zu setzen haben, diese und ähnliche Symptome ganz übersehen? Aber auch an andern Anhaltspunkten fehlt es nicht. Dem Anschein nach von demselben Agitationscomité, welches die landwirthschaftlichen Abstimmungsbarrieren organisierte, ist ein anderes Adressenformular verbreitet worden, durch welches die Abgeordneten zum Eintreten für eine Reihe hochgeschraubter landwirth-

schaftlicher Schenkungen ersucht werden. Wie viele Mitglieder des Reichstags diese Adresse wirklich erhalten haben, mag dahingestellt bleiben; uns ist es bis jetzt nur von dem Abg. Lenz (L. oldenburgischer Wahlkreis) und Voeticher (Waldeck-Pyrmont) bekannt geworden. In beiden Fällen hat die Sache eine nicht uninteressante Erledigung gefunden. Der Abg. Lenz hat das Ansuchen durch eine in der Presse veröffentlichte mannhafte Erklärung gegen das neue Schenkungssystem überhaupt, wie insbesondere gegen Getreidebölle beantwortet, und die Höhe ist gewesen, dass ihm aus seinem ganzen Wahlkreis überaus zahlreiche unterschiedene Zustimmungsadressen zugegangen sind. Der Abg. Voeticher hat sich in gleichem Sinne an verschiedenen Orten seines Wahlkreises vor sehr besuchten Versammlungen ausgesprochen, und überall hat sein Standpunkt den Beifall der Hörer gefunden, ohne dass sich irgendwo eine Stimme zur Verteidigung der agrarischen Forderungen erhoben hätte. Wir zweifeln nicht, dass diese Beispiele sich noch stark vermehren lassen. Für heute begnügen wir uns mit dem Vorstehenden zur Illustration der von der „N. A. Z.“ construirten „nationalen Uebereinstimmung“.

Berlin, 30. April. Die Bewegung unter den politischen und wirtschaftlichen Parteien des Reichstags nimmt von Stunde zu Stunde an Intensität zu, obwohl im Augenblick anscheinend nur die geschäftliche Behandlung der Zoll- und Steuerordnungen in Frage kommt. Die Spaltung des Hauses in mehrere wirtschaftliche Gruppen mit mehr oder weniger ausgeprägten politischen und confessionellen Tendenzen ist neben der Befürchtung vor einer Auflösung des Hauses eines so maßgebenden Einflusses, dass mehrere Fraktionen, welche in sich selbst noch vielfach uneinig sind, den Moment ungenügend herbeizurufen, wo ein Compromiss angebahnt wird, um die Bildung einer Majorität auf bestimmten Grundlagen möglich zu machen. Die im Hause kursirenden Nachrichten scheinen diesen Wünschen einen Hintergrund leisten zu wollen, wenn sie auch nur so unbestimmt angebeutet werden, dass ihre Genauigkeit nicht controlirt werden kann. Man sagt, dass einer der namhaftesten Führer der nationalliberalen Partei die von ihm schon oft betretene Bahn der Vermittelung wieder einschlägt und an leitendem Orte die Brücken zu schlagen sucht. Derselbe soll in der That für die geforderten constitutionellen Garantien genügend Ohr gefunden haben. Das Recht der jährlichen Bewilligung der Einnahmen des Reichs soll hiernach durch bewegliche Bölle auf Kasse, Salz und andere Artikel gewährt werden, eine Idee, für die man sich in finanzpolitischen Kreisen aus mannichfachen Gründen nicht gerade erwärmt.

## Politische Uebersicht.

Leipzig, 1. Mai.

Man schreibt uns vom Wittstock aus Berlin: „Die Bewohner der Hauptstadt sind einermüde überfordert worden durch die Rittbewegung, dass der Kronprinz sich morgen Vormittag in Begleitung zweier Adjutanten zu einem mehrwöchentlichen Lurgebäude nach Riffingen begeben werde. Bisher galt als feststehend, dass der Kronprinz bis zur Rückkehr des Kaisers, die am 8. (nicht, wie ursprünglich angenommen wurde, am 2.) Mai erwartet wird, hier oder vielmehr im Neuen Palais bei Potsdam verweilen würde. Wenn nun ein früherer Beginn der Car selbst wird, so ist wahrscheinlich der Rath der Krone maßgebend gewesen. In dem Comité für die Gewerbe-Ausstellung schmeichelte man sich noch heute mit der Hoffnung, dass der Kronprinz der feierlichen Eröffnung, die auf morgen Mittag angesetzt ist, persönlich anwohnen werde.“

Von mehreren, besonders ost- und westpreussischen, Städten war beim Berliner Magistrat angefragt worden, zur Befriedigung der Zoll- und Steuerfragen in allerhöchster Zeit einen allgemeinen Städtetag nach Berlin zu berufen. Anlässlich war man — wie uns aus Berlin berichtet wird — der Ansicht, dass die Vorbereitungen zu diesem Unternehmen allzu umständlich und zeitraubend sein würden, als dass noch eine rechtzeitige Einwirkung auf die Beschlüsse des Reichstags von den Verhandlungen des Städtetags erwartet werden könnte, insofern man sich nach einiger Ueberlegung jetzt doch entschlossen, dem Gesuche zu willfahren und den Städtetag im Berliner Rathhause abzuhalten. Der Termin ist noch nicht bestimmt, doch werden die beteiligten Magistratsräthe bereits aufgefordert, so bald wie möglich ihre Anmeldungen zu machen.

Die amtliche Berliner „Prob.-Corresp.“ bemerkt, dass der neulich in Berlin verhandelte Riffingenprozess den Zusammenhang der deutschen Socialdemokratie mit den internationalen Revolutionsbestrebungen und zugleich das Wesen und Treiben der russischen Revolutionspartei von Neuem beleuchtet habe. Zugleich macht sie darauf aufmerksam, dass die deutschen Socialdemokraten in London einig bemüht sind, die Bewegung unter ihren Genossen in der Heimath immer von Neuem anzufachen. Sie schreibt:

„In der von dem bekannten Socialdemokraten Most herausgegebenen Zeitschrift ist soeben ein neuer Aufruf des „communistischen Arbeiter-Vereins“ in London an die deutschen Socialisten veröffentlicht, in welchem die Stellung der Partei gegenüber dem Socialistengesetz besprochen und dabei zur Bekämpfung des Gesetzes durch geheime Agitation und zur gewaltthätigen Revolution aufgefordert wird.“

Die Socialdemokratie — heißt es da offen — ist in ihren Principien und Zielen revolutionär, auch die deutsche.

Können unsere Genossen jetzt auch das Banner der Socialdemokratie nicht frei entfalten, so läßt sich doch seine Devise voll und ganz vertreten. Schärfer als bisher muß dies gerade jetzt geschehen. Nicht umhüllende Taktik gegen dasselbe ist nöthig und auch zu ermüden. Noch giebt es glücklicherweise einige Länder, in denen das freie Wort gestattet ist; auch ist um das deutsche Reich noch keine chinesische Mauer gezogen.

Wir leben im Zeitalter der Revolution. Das 19. Jahrhundert wird vielleicht abschließen, wie das 18. — Deutsche Genossen! Blickt auf Rußland — schauet in die Zukunft, sie ist nicht so hoffnungslos! Nur der Kampf führt zum Siege! Wäget Ihr danach handeln!

Das sind die Lehren und die Mahnungen, die man in Taxenden von Exemplaren fort und fort an die deutsche Bevölkerung heranzubringen sucht. Solchen Thatsachen gegenüber wird man es gerechtfertigt finden, wenn die Regierung in ihrer Wachsamkeit und Fürsorge für die Wahrung von Staat und Gesellschaft keinen Augenblick nachläßt, vielmehr auf die energische Unterstützung aller bürgerlichen Kreise für die Erfüllung ihrer Aufgabe fortgesetzt rechnet.“

Aus zuverlässiger Quelle wird berichtet, dass die preussische Regierung einem vorgeschlagenen gültlichen Abkommen zugestimmt und eine Vereinbarung wegen Auszahlung einer Wittwenrenten und sonstiger Revenuen an die Erbprinzen von Hannover aus dem Welfensfund abgeschlossen hat.

Nachrichten aus Tirnoma zufolge wird die Commission, welche beauftragt werden soll, sich zu dem Prinzen von Vattenberg zu begeben, um demselben die bulgarische Fürstenthümer anzutragen, voraussichtlich sofort ernannt werden. — Wie eine Depesche des „Globe“ aus Odessa vom 29. d. meldet, ist der Generaladjutant des Kaisers Alexander, Obrstscheff, dort durchgepöppelt, welcher sich mit einem Schreiben des Kaisers an den Sultan nach Konstantinopel begibt. Derselbe soll auch Träger einer Proclamation des Kaisers Alexander an die Bulgaren sein, in welcher Letztere aufgefordert werden, sich von allen Unruhen fernzuhalten und sich den Bestimmungen des Berliner Vertrages zu fügen.

Die ausländische Bewegung in Albanien nimmt bedrohliche Formen an. Man muß bei dieser Gelegenheit auf bereits vor Monaten gemachte Meldungen von einer, von außen nach Ober-Albanien importirten Agitation zurückkommen und die von derselben erzielten Fortschritte hervorheben. Die Zahl der Fremden, mit ansehnlichen Geldmitteln ausgerüsteten Agitatoren ist ziemlich groß und ihre Thätigkeit eine ungemein